

CHINA

Krisenplan gegen Giftwellen

Nach mehreren schweren Chemieunfällen binnen weniger Wochen will die Pekinger Zentralregierung künftig schneller und effektiver auf Umwelt- und Naturkatastrophen reagieren können als bisher. Ein neuer Notfallplan fordert von den Provinzen, die Hauptstadthörden bis spätestens vier Stunden nach einem Unfall zu informieren. Ein zentraler Krisenstab soll künftig die Hilfsmaßnahmen koordinieren. Fabrikmanagern und Beamten, die Störfälle verheimlichen, drohen harte Strafen. Zudem plant die Führung, die Bürger über ein einheitliches Alarmsystem rascher und besser zu unterrichten.

Nachdem Mitte November in Jilin im Nordosten des Landes eine Chemiefabrik explodiert war, hatte ein giftiger Benzol-Teppich den Fluss Songhua verseucht. Die Giftwelle schwappte bis in den fernen Osten Russlands. Cadmium aus einer Schmelzhütte nahe der Großstädte Kanton und Foshan ergoss sich in den Fluss Beiji.



Verseuchter Fluss Xiang Jiang

Zuletzt gelangten in der Provinz Hunan große Mengen des krebserregenden Metalls in den Xiang Jiang, und in Henan strömte tonnenweise Dieselöl aus der geplatzten Pipeline eines Kraftwerks in einen Nebenarm des Gelben Flusses. Wieder musste die Trinkwasserversorgung mehrerer Großstädte unterbrochen werden. Das Krisenmanagement funktionierte immer ähnlich: Betroffene Bürger wurden zumeist zu spät informiert, Journalisten



Vernichtung von Hühnern in der Türkei

EU

Unnötiges Leiden

Solche Bilder von der Bekämpfung der Vogelgrippe in der Türkei empören seit Tagen Tierfreunde: Zapfelndes Federvieh wird von Helfern in weißen Schutzanzügen und mit Gesichtsmasken achtlos in Säcke gestopft, bei lebendigem Leib in schnell ausgeschachtete Gruben oder in Gräben ge-

worfen, Sand drüber, fertig. Gefühllos oder einfach allgemeiner Hektik bei der Bekämpfung der Seuche geschuldet? In jedem Fall rechtswidrig und strafbar, wäre Ankara bereits Mitglied der EU. Seit 1993 verlangt europäisches Recht, Tieren bei ihrer Haltung, Schlachtung, aber auch bei Tötung im Seuchenfall „vermeidbare Schmerzen und Leiden“ zu ersparen. Zum Töten von Geflügel ist in der Regel „Abtrennen des Kopfes und Genickbruch“ vorgeschrieben. Die CDU-Europaabgeordnete Renate Sommer sieht sich deshalb bestätigt, „dass die Türkei noch nicht in der Neuzeit angekommen“ ist.

„Auf jedem internationalen Forum“, sagt Michael Mann, Kommissionssprecher für Agrarfragen, dränge die EU den Rest der Welt, ihre „Standards zum Tierschutz zu übernehmen“. Sehr weit ist sie dabei nicht gekommen. Die meisten Länder haben eigene oder gar keine Vorschriften zur Vernichtung von Tieren bei Seuchen. Erst in der unmittelbaren Vorbereitungsphase auf einen EU-Beitritt würde sich das für den Bewerber aus Ankara ändern. Dann müsste das gesamte europäische Recht nach und nach in nationales Recht umgesetzt werden. Derzeit sind Brüsseler Beamte noch beim „Screening“: Sie listen auf, was die Türkei alles ändern muss, um europafit zu werden – und haben jetzt einen Punkt mehr.



Morales mit Mbeki, in China

BOLIVIEN

Hemd und Krawatte

Kurz vor seiner Amtseinführung nächsten Sonntag beschert der neue Staatsschef Evo Morales, 46, seiner Protokollabteilung noch ungeahnte Probleme. Der einstige Indioführer und Kokabauer verweigert sich bei offiziellen Anlässen jedem förmlichen Dresscode und erwägt, zur Zeremonie in seinem saloppen „Glückshemd“ zu erscheinen, das er in der Wahlkampfzeit trug. Einen Vorgeschmack auf seine persönliche Kleiderordnung gab die erste offizielle Auslandsreise seit Anfang Januar. Ob Monarchen, Staats- oder Regierungschefs – Morales begegnete allen in lässigen Jeans, Lederjacke oder, besonders gern, im quer gestreiften Pullover aus bolivianischer Alpakawolle. Die „chompa“, wie das Klei-



durften nicht berichten. Ob die neuen Maßnahmen künftig besser greifen, ist allerdings fraglich. Ähnliche Krisenpläne existierten bislang schon auf Provinzebene, wurden aber nie wirklich ernst genommen. Cadmiumverseuchungen des Wassers, so klagten zum Beispiel Politiker in Hunan, seien durchaus nichts Ungewöhnliches.



Morales mit König Juan Carlos

dungsstück in seiner Heimat heißt, war bei Spaniens König Juan Carlos dieselbe wie bei Premier José Luis Rodríguez Zapatero. Der Pullover beherrschte die Bilder in China bei Staatschef Hu ebenso wie beim südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki. Erstes Gegrummel über die ungewöhnlichen Auftritte verurteilt der portugiesische Nobelpreisträger José Saramago als „dummen Hochmut der zivilisierten Völker“. Er sei ein Mann des Volkes, verteidigt sich der neugewählte Präsident, und die Mehrheit des Volkes trage keine Krawatten. Der Aymara-Indio entstammt einer armen Familie aus dem bolivianischen Hochland, in seiner Jugend hütete er Lamas. Eine Krawatte trägt Morales nur auf einem einzigen Foto: bei seinem Schulabschluss. Schlipse gelten in Bolivien als Accessoire von Mestizen und Weißen – also der ungeliebten Oberschicht.

BRASILIEN

Heillos überfordert

Innenpolitisch schwer angeschlagen, droht Präsident Lula da Silva nun auch noch auf internationalem Parkett eine heftige Schlappe. Brasiliens Führungsrolle in der Uno-Stabilisierungstruppe in Haiti gilt als gescheitert. Nach dem Selbstmord ihres brasilianischen Oberbefehlshabers, General Urano Bacellar, wächst der Druck auf Lula, seine Soldaten zurückzurufen. Die Mission, den von Hunger, Aids und Bandenkriegen zerrütteten Karibikstaat zu stabilisieren, ist bislang fehlgeschlagen. Bewaffnete Horden kontrollieren weite Teile der Hauptstadt Port-au-Prince, die lange angekündigten Wahlen mussten wegen Unruhen immer wieder verschoben werden und sollen jetzt im Februar stattfinden. Auch danach dürfte sich die Lage in dem zu den ärmsten Ländern zählenden Inselstaat kaum beruhigen.



Brasilianische Uno-Soldaten in Port-au-Prince

Anhänger des ins Exil geflüchteten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, der vor allem in Armenvierteln immer noch Unterstützung genießt, bekämpfen die Uno-Truppen als Besatzungsmacht. Nach Aristides Vertreibung durch Rebellen vor zwei Jahren hatte Brasília die Führung der internationalen Militärs übernommen, um sich außenpolitisch

zu profilieren. Die 1200 brasilianischen Soldaten sind jedoch heillos überfordert. Die meisten sprechen kaum Französisch oder Englisch und sind von der Bevölkerung isoliert. Die Entwaffnung der ehemaligen Rebellen ist gescheitert.

POLEN

Vatikan gegen Maryja

Der Vatikan will den rechtsnationalen katholischen Sender Radio Maryja disziplinieren und rüttelt damit am Machtfundament der Brüder Kaczyński. Die Zwillinge und ihre Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hatten im Herbst sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahl gewonnen – nicht zuletzt mit Hilfe der rechten Stimmung, die von der radikalen Radiostation nach Kräften geschürt wurde. Der päpstliche Nuntius an der Weichsel veröffentlichte nun einen Erlass, nach dem Geistliche, die für Medien arbeiten, künftig die Genehmigung ihres Bischofs einholen müssen. Papst Benedikt XVI. hatte sich bereits Ende November gegen die Einmischung katholischer Presseorga-

ne in die polnische Politik ausgesprochen. Der Warschauer Soziologe Edmund Wnuk-Lipirski sieht darin einen „Warnschuss“ gegen den Sender, der aber auch die neuen Machthaber trifft. Um sich die Unterstützung vom rechten Rand zu sichern, hatten in den vergangenen Wochen nicht nur PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński, sondern auch der neue Premier Kazimierz Marcinkiewicz und verschiedene Minister vor den Mikrofonen des Senders

und dessen Fernsehstation Trwam Platz genommen. Damit verhalfen sie dem Zentralorgan der katholischen Eiferer unter Pater Tadeusz Rydzyk aus der politischen Isolation. Der Ordnungsruf aus dem Vatikan diene aber auch dazu, die polnischen Bischöfe zu disziplinieren, meint Wnuk-Lipirski. Die hatten sich nämlich bisher nur lau gegen die Hetzer gewandt oder den Sender sogar unterstützt.



Radio-Pater Rydzyk